



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

# Rat

über die  
2. Sitzung des Rates  
am Donnerstag, dem 26.05.2011  
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Bürgermeister  
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke  
Frau Marion Dyduch  
Herr Joachim Eckardt  
Frau Astrid Gube  
Frau Petra Hartig  
Herr Hans-Dieter Heidenreich  
Herr Daniel Heidler  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Annette Mann  
Herr Ulrich Marc  
Frau Ursula Müller  
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat  
Herr Silvester Runde  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann  
Herr Manfred Wiedemann  
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Frau Rosemarie Gerdes  
Herr Reinhard Hasler

Herr Wilhelm Kemna  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Susanne Middendorf  
Frau Ina Scharrenbach  
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Herr Klaus-Bernhard Kühnappel  
Frau Alexandra Möller  
Herr Adrian Mork  
Frau Bettina Werning

FDP  
Frau Heike Schaumann  
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL  
Herr Klaus-Dieter Grosch  
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos  
Herr Cetin Bahcekapili  
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher  
Herr Heinz Henning  
Herr Gustav-Adolf Kersten  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Sabrina Conrad  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jörg Mösgen  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Personalrat  
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten  
Frau Britta Dreher  
Herr Kaya Gercek

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste insbesondere die erschienen Soldatinnen und Soldaten, die Zivilbeschäftigten sowie den Vorsitzenden der Mitarbeitervertretung der Glückaufkaserne und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Umbesetzung von Ausschüssen	
1.1	Gleichstellungsbeirat und Jugendhilfeausschuss	024/2011
1.2	Straßenverkehrsausschuss hier: Antrag der FDP-Fraktion	
2	Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk IV (Kamen-Mitte, westlicher Bereich) und des stellvertretenden Schiedsmannes für den Bezirk III (Kamen-Mitte, nördlicher Bereich)	022/2011
3	Änderung der Entwässerungssatzung	036/2011
4	2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Kamen	035/2011
5	Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde" hier: Satzungsbeschluss	033/2011
6	Mittelbare Beteiligung der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen Bergkamen GmbH an der Trianael GmbH hier: Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile der Trianael Service GmbH durch die Trianael GmbH - Ausräumung des Gremienvorbehalts seitens der GSW	023/2011
7	Resolution Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen	
8	Standorterhaltung Glückauf-Kaserne in Unna-Königsborn Bericht der Verwaltung auf Antrag der SPD-Fraktion und auf Antrag der CDU-Fraktion	
9	Verzicht von Strom aus Atomkraftwerken durch die GSW - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Beschlussvorlage der Verwaltung	034/2011
10	Einwohnerfragestunde	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

**A. Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Umbesetzung von Ausschüssen

Zu TOP 1.1.  
024/2011

Gleichstellungsbeirat und Jugendhilfeausschuss

**Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

**Gremium**

**bisher:**

**neu:**

**Gleichstellungsbeirat**

Vertreterin:  
Ev. Kirche

Ursula Enss

Jutta Karrasch

**Jugendhilfeausschuss**

stimmber. Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

stellvertretendes Mitglied:  
Kath. Kirche

N.N

Regina Henter

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 1.2.

Straßenverkehrsausschuss  
hier: Antrag der FDP-Fraktion

Frau **Schaumann** zog den Antrag für die FDP-Fraktion zurück.

Zu TOP 2.  
022/2011

Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk IV (Kamen-Mitte, westlicher Bereich) und des stellvertretenden Schiedsmannes für den Bezirk III (Kamen-Mitte, nördlicher Bereich)

**Beschluss:**

Folgender Schiedsman wird wieder gewählt:

Bezirk IV : Herr Peter Ciecior, Kalthof 40, 59174 Kamen

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**Beschluss:**

Folgender stellvertretender Schiedsman wird wiedergewählt:

Bezirk III: Herr Peter Ciecior, Kalthof 40, 59174 Kamen

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
036/2011

Änderung der Entwässerungssatzung

**Beschluss:**

Die vorgelegte 2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Enthaltungen und 3 Gegenstimmen  
mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.  
035/2011

2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Kamen

Herr **Hupe** erläuterte die Vorlage. Anlass für die Änderung der Sondernutzungssatzung seien notwendige formale Änderungen, die nach der Plakatierungsproblematik bei der letzten Landtagswahl erforderlich geworden seien. Ein Plakatierungsabkommen der Parteien solle es auch weiterhin geben, dies sei im § 5 a der Satzung manifestiert worden.

Der Bürgermeister wies auf eine redaktionelle Änderung in § 5 Absatz 1 der Satzung hin, dort müsse es statt „städtische Wahlplakattafeln“ „städtische Plakattafeln“ heißen.

Herr **Kemna** beantragte für die CDU-Fraktion die Erweiterung des § 5 a Absatz 2 Buchstabe b der Satzung um die Formulierung „mindestens 2“ statt „mindestens“ für die Kommunalwahlen.

Herr **Hupe** stellte deutlich heraus, dass die gewählte Formulierung keinen Reduzierungsansatz oder die Einschränkung der bisherigen Plakatierungsaktivität zur Folge habe. Die alte Praxis solle weiterhin beibehalten werden.

Frau **Schaumann** erklärte für die FDP-Fraktion, dass der Änderungssatzung nicht zugestimmt werde. Sie wies auf die nicht ausreichend deutliche Formulierung des § 5 a Absatz 2 in Bezug auf die Plakatierungsmöglichkeiten außerhalb der geschlossenen Ortschaft hin. Positiv bewertete sie die Aufnahme des Plakatierungsabkommens der Parteien in die Satzung. Grundsätzlich habe sie sich gewünscht, die Änderungssatzung erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Abstimmung zu stellen, so dass im Vorfeld eine ausreichende Erörterung möglich gewesen wäre.

Der **Bürgermeister** zeigte sich verwundert und erinnerte an das gemeinsame Gespräch mit den Parteien zu diesem Thema sowie den dort gefundenen Konsens.

Die Satzung gebe den rechtlichen Rahmen sowie die Mindeststandards vor, so Herr **Kissing**, das Plakatierungsabkommen enthalte die wesentlichen Regelungen.

Für die CDU-Fraktion forderte er, dass den Parteien satzungsgemäß während der Kommunalwahl mindestens zwei Plakattafeln zur Verfügung gestellt werden müssten. Er sprach sich dafür aus, die bisherige Plakatierungspraxis weiter fortzusetzen.

Herr **Hupe** erklärte, dass die Satzung für alle Wahlen Gültigkeit habe und die Formulierungen daher nicht auf eine spezielle Wahl beschränkt werden könnten. An der bisher geübten Praxis werde nichts geändert.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen begrüßte Herr **Kühnapfel** das Plakatierungsabkommen. Aufgrund seiner Nachfrage erläuterte Herr **Hupe** den Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit und wies dabei daraufhin, dass dieser nicht auf die Anzahl sondern die Plakatgröße Einfluss nehme.

Herr **Lipinski** resümierte, dass das Kamener Plakatierungsabkommen über Jahre ausreichend gewesen sei, bis die FDP dieses bei der letzten Landtagswahl aufgekündigt habe. Die darauf folgenden Geschehnisse seien bedenklich gewesen und hätten den Bürgern ein negatives Bild vermittelt. Für die SPD-Fraktion erklärte er die Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Herr **Grosch** äußerte seinen Unmut über die Geschehnisse vor der Landtagswahl 2010, die dazu geführt hätten, dass erstmals auch eine Partei aus dem rechten Lager in Kamen plakatiert habe. Um dem zukünftig entgegen wirken zu können, begrüßte er die Beschlussvorlage und das Plakatierungsabkommen.

Die Satzungsänderung stelle vorrangig eine Handlungsplattform der Verwaltung dar, so Herr **Kissing**. Da das Wahlrecht durchaus nicht unkompliziert sei, könnten gerade Kleinigkeiten entscheidend sein. Die bisherige Verfahrensweise in Kamen sei optimal gewesen. Verhältnisse wie in anderen Städten in Bezug auf die Plakatierung kompletter Straßenzüge seien nicht wünschenswert.

Er äußerte den Wunsch, mit Hilfe der vorgelegten Satzungsänderung zu einem Konsens der im Rat vertretenden Parteien zu gelangen.

### **Beschluss:**

Die vorgelegte 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Kamen (Sondernutzungssatzung) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.  
033/2011

Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde"  
hier: Satzungsbeschluss

Herr **Liedtke** erläuterte eingangs, dass das Aufstellungsverfahren des Bebauungsplanes beendet sei. Nun müsse noch der Satzungsbeschluss mit der anschließenden Bekanntmachung erfolgen.

Auf die Frage von Herrn **Kloß** zu dem in der Beschlussvorlage aufgeführten Wertfaktor sagte Herr **Liedtke** eine telefonische Beantwortung zu.

Herr **Kloß** erkundigte sich, warum laut Beschlussvorlage die anzulegende Obstwiese nicht betreten werden dürfe.

Dazu führte Herr **Liedtke** aus, dass diese Wiese vom Kreis angelegt werde und keine Obstwiese im eigentlichen Sinne sei. Es handle sich nicht um eine Grünanlage die betreten werden könne. Dies sei vertraglich mit den Investoren vereinbart worden.

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO NW in der derzeit gültigen Fassung:

Es erklärten sich keine Ratsmitglieder befangen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 3 (2) BauGB in der derzeit gültigen Fassung:

1. über die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung geäußerten Anregungen entsprechend der beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung;
2. den Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me „Auf dem Pastoratsfelde gem. § 10 BauGB in der derzeit gültigen Fassung als Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind in dem vorgelegtem Lageplan ersichtlich.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 6.  
023/2011

Mittelbare Beteiligung der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen Bergkamen GmbH an der Trianel GmbH  
hier: Erwerb sämtlicher Geschäftsanteile der Trianel Service GmbH durch die Trianel GmbH - Ausräumung des Gremienvorbehalts seitens der GSW

Herr **Hupe** erläuterte kurz die Beschlussvorlage mit dem Hinweis auf die formale Notwendigkeit einer Beschlussfassung nach den Vorschriften der Gemeindeordnung.

Herr **Grosch** wandte ein, dass der Grund dieses Beteiligungsvorganges schwer verständlich sei. Er fragte nach, in wie weit eine Liquidation der Gesellschaft aufwendiger sei als die geplante Übernahme.

Die Problematik liege nicht in der Liquidierung der Gesellschaft, verdeutlichte Herr **Hupe**. Zweck der Übernahme der Gesellschaft sei es, die bestehende operative Hülle zu übernehmen, um sie für weitere zukünftige Beteiligungen verwenden zu können. Zur Verdeutlichung verwies er auf den Beteiligungsvorgang GSW Wasser-Plus. Vorteile dieser Vorgehensweise seien der zeitliche Aspekt sowie die einfachere Abwicklung einer neuen Beteiligung.

Herr **Grosch** erklärte auf Nachfrage des Bürgermeisters, dass er nach der Liquidation der Gesellschaft nur deshalb gefragt habe, weil diese Thematik in der Beschlussvorlage mehrfach aufgegriffen worden sei.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 04.04.2011 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW beschließen:

Der Entscheidung der Geschäftsführung der GSW als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der Trianel GmbH, - mit dem erklärten Vorbehalt der notwendigen Gremienbeschlüsse der GSW - an der vorgelegten einstimmigen Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der Trianel GmbH vom 11.03.2011 mitzuwirken, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Resolution Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen  
auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen

Herr **Kissing** erklärte sich gemäß § 31 GO befangen und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr **Hupe** gab einleitend einen Überblick über das Gespräch mit der Firma HammGas zu den geplanten Bohrungen im Gebiet Flierich West, das sich auch auf Kamener Stadtgebiet erstreckt. Er stellte heraus, dass eine Claimzuordnung im ersten Schritt nach Bergrecht noch nicht stattgefunden habe.

Probebohrungen werde es in diesem Jahr und voraussichtlich auch im

nächsten Jahr nicht geben. Die Firma HammGas beabsichtige bei den Probebohrungen keine Fracking-Verfahren anzuwenden. Sollte dies nach den Probebohrungen dennoch notwendig sein, werde zuvor eine öffentliche Beteiligung durchgeführt und eine wasserrechtliche Genehmigung eingeholt. Die Firma habe zudem in Aussicht gestellt möglicherweise auf Fracking-Verfahren zu verzichten.

Als Verfahrensprinzip der Firma HammGas, dessen Haupteigner die Stadtwerke Hamm seien, stehe der absolute Schutz des Trink- und Grundwassers im Vordergrund.

Ein Gespräch mit der Firma MineGas, die möglicherweise Bohrungen im Stadtteil Methler durchführen wolle, sei für die nächsten Tage terminiert.

Frau **Dyduch** rief die Vorkommnisse in Wasserkurl in Erinnerung und begründete so die besondere Sensibilität für diese Thematik auf Kamener Stadtgebiet. Die Bürger seien mit Blick auf die Auswirkungen auf das Trink- und Grundwasser besorgt, weshalb die Gespräche der Verwaltung mit den agierenden Firmen begrüßt würden.

Sie unterstütze die Forderung nach Änderung des Bergrechtes in Bezug auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Es sei zu beobachten, dass die Bürger insgesamt sensibler auf Umweltthemen reagierten und in diesem Zusammenhang mehr Transparenz einforderten.

Sie betonte, dass sie einen fraktionsübergreifenden Konsens für wichtig halte.

Frau **Scharrenbach** befürwortete den Kontext und die frühzeitige Auseinandersetzung mit der Thematik, nachdem man durch die Medien und die Informationspolitik der Bezirksregierung aufgeschreckt worden sei.

Im Vordergrund müsse die Abwägung von Nutzen und negativen Auswirkungen der Bohrungen stehen. Wichtig sei zudem, wie auch in der Resolution festgehalten, eine separate Betrachtung und Bewertung der jeweiligen Methode.

Oberste Priorität habe der Trink- und Grundwasserschutz, daher sei dieser explizit in der Resolution manifestiert worden. Aus diesem Grund fordere sie auch ein transparentes Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit.

Bezogen auf die Risiken handele es sich vorrangig um die Frage nach der Verwendung von chemischen Zusätzen beim Fracking, hob Herr **Hupe** hervor. Er erläuterte das grundsätzliche Vorgehen sowie das Verfahren des Frackings. Ein Genehmigungsverfahren sei dabei zwingend vorgeschrieben. Die Vertreter der Gesellschaft hätten sehr transparent und offen zu den bestehenden Planungen berichtet.

Herr **Kühnapfel** machte deutlich, dass die Resolution nur ein erster wichtiger Schritt zur Aufklärung und Sensibilisierung sei.

Im Vordergrund müsse die Überarbeitung des veralteten Bergrechtes stehen. Entsprechende Initiativen würden unterstützt. Gefordert werde ein transparentes Verfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das chemische Fracking halte er für sehr gefährlich. Bei der Abwägung von Nutzen und Gefahren gehe ihm der Schutz des Trink- und Grundwassers noch nicht weit genug.

Herr **Hupe** informierte, dass eine Änderung des Bergrechts mit Einbindung einer Umweltverträglichkeitsprüfung geplant sei.

Frau **Schaumann** brachte zum Ausdruck, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Erforschung unkonventioneller Erdgasvorkommen sei. Sie halte es jedoch für wichtig, so weit es möglich sei auf Chemie zu verzichten. Auf die Frage, warum die GSW nicht eine Gesellschaft zur Erforschung auf diesem Gebiet gegründet habe, machte der **Bürgermeister** deutlich, dass die GSW auf GID-Technik und auf erneuerbare Energie setze.

*Herr Mork nahm ab 16.55 an der Sitzung teil.*

Herr **Grosch** zeigte sich erfreut über den Konsens der Fraktionen zu diesem Thema, und dass der Schutz des Trinkwassers zentrales Element der Resolution sei.

Er kritisierte den Einsatz von Chemie beim Fracking und die daraus resultierenden Folgen.

Am Beispiel der USA machte er deutlich, dass im Endeffekt beim Fracking nach Beendigung des Abbaus verbrauchte Erde hinterlassen werde. Dies stelle sich besonders problematisch bei zu dichter Besiedlung unter Berücksichtigung der notwendigen Anzahl an Bohrungen, wie beispielsweise in Kamen der Fall, dar.

Herr **Kloß** wies ebenfalls auf die Problematik zu dichter Besiedlung in Bohrgebieten hin. Unter Verweis auf die Probleme aus dem Bergrecht bezogen auf Altlasten im Boden führte er aus, dass die Auswirkungen der Bohrung schlecht im voraus abzuschätzen seien.

Herr **Hupe** gab den Hinweis, dass er sich zu Fragen zum Bergrecht aufgrund der Zuständigkeit an die Bezirksregierung wenden müsse.

Herr **Kloß** stellte klar, dass es ihm nicht um Auskünfte sondern die Erweiterung der Resolution gehe. Er beantragte die Formulierung „Sämtliche Schäden die Übertage entstehen und die vorher nicht vorhanden waren müssen ersetzt werden“ in die Resolution mit aufzunehmen.

Der Vorschlag wurde von allen Fraktion abgelehnt.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte Resolution zur Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen.

**Abstimmungsergebnis:** bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Herr Kissing nahm wieder an der weiteren Beratung und Beschlussfassung teil.

Zu TOP 8.

Standorterhaltung Glückauf-Kaserne in Unna-Königsborn  
Bericht der Verwaltung  
auf Antrag der SPD-Fraktion und auf Antrag der CDU-Fraktion

Anfangs gab der **Bürgermeister** einen kurzen Überblick über die Historie, die Zahlen und die Fakten zur Glückaufkaserne. Er betonte die enge Verbindung der Stadt Kamen besonders durch die seit 1982 bestehende Partnerschaft zu dem in der Glückaufkaserne stationierten Instandsetzungsbataillon 7.

Die Bedeutung der Glückaufkaserne als Wirtschaftsfaktor dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Viele Soldaten hätten ihren Wohnsitz in der Region bzw. in NRW, zudem würden neben den Soldaten 163 Zivilbeschäftigte in der Kaserne beschäftigt, denen der Verlust des Arbeitsplatzes drohe.

Er rief in Erinnerung, dass die Glückaufkaserne der letzte Standort im Ruhrgebiet sei und berichtete von den Gesprächen mit der Mitarbeitervertretung. Es sei ein Gebot der Solidarität und der Vernunft, mit allen Kräften die Erhaltung des Standortes zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang bat er auch um Unterstützung im Rahmen des nächsten Rückkehrappells auf dem Alten Markt in Kamen im Herbst ein Zeichen zu setzen.

Nachdem gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Unna beim Neujahrsempfang auf die Wichtigkeit, in Sachen Standorterhaltung Einigkeit und Zusammenarbeit zu demonstrieren, hingewiesen worden sei, sei ein gemeinsames Schreiben des Landrates und der Bürgermeister im Kreis Unna an den Bundesverteidigungsminister gerichtet worden.

Frau **Dyduch** begrüßte die Initiative der Mitarbeitervertretung und sprach sich für eine Standorterhaltung aus. Sie begründete dies damit, dass die Glückaufkaserne der letzte Standort im Ruhrgebiet sei, dabei betonte sie die wirtschaftliche Bedeutung des Standortes. Kein Verständnis habe sie für die Äußerung der Fraktion Die Linke in der örtlichen Presse.

Die SPD-Fraktion unterstütze die Bemühungen des Bürgermeisters und des Landrates.

Herr **Kissing** hob die Verbundenheit der Stadt mit den Beschäftigten der Kaserne und im speziellen mit dem Partnerschaftsbataillon hervor. Der Wandel der Strukturen innerhalb der Bundeswehr dürfe nicht Gegenstand dieser Diskussion sein, wichtig sei der Ausdruck der Verbundenheit mit der Glückaufkaserne.

Herr **Grosch** machte deutlich, dass die Fraktion Die Linke / GAL grundsätzlich für die Abrüstung eintrete. Daraus resultiere zwangsläufig die Notwendigkeit Kasernen zu schließen, davon könne die Glückaufkaserne nicht ausgenommen werden.

Bezogen auf die Bedeutung des wirtschaftlichen Aspektes vertrat Herr Grosch die Meinung, dass eine zivile Nutzung des Geländes langfristig mehr wirtschaftliche Vorteile bringen könnte, wie sich an anderen Beispielen in der Vergangenheit gezeigt habe. Für den Fall einer Schließung forderte er die Einrichtung eines Konversionsamtes zur Begleitung des Verfahrens, wie es auch schon der Städte- und Gemeindebund gefordert habe.

Herr **Hupe** wies daraufhin, dass die zivile Nutzung eines geschlossenen Standortes sich nicht unbedingt wirtschaftlicher darstellen müsse. Er machte dies am Beispiel des geschlossenen Standortes in Hemer deutlich.

Frau **Schaumann** schloss sich den Ausführungen von Frau Dyduch an und betonte die Bedeutung des Kasernenstandortes. Sie zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass die Glückaufkaserne nicht von einer Standortschließung betroffen sei.

Die Bedeutung der Glückaufkaserne als wirtschaftlicher Faktor für die Region sei bewusst, so Herr **Kühnapfel**. Generell werde die Umstrukturierung der Bundeswehr jedoch begrüßt. Die Schließung von Standorten sei eine notwendige Folge, davon könne auch der hiesige Standort nicht ausgenommen werden. Die gewerbliche Nutzung des Geländes könne eine Chance darstellen, begründete Herr Kühnapfel weiter.

Er wies daraufhin, dass mit dem Schreiben des Landrates und der Bürgermeister bereits der vorhandene Einfluss genutzt worden sei.

Herr **Ebbinghaus** verdeutlichte, dass die Schließung von Standorten aus Kostengründen erfolge. Aufgrund der strategischen Bedeutung der Glückaufkaserne, sei eine Schließung für ihn nicht vorstellbar.

Bezogen auf die Kritik zur Stellungnahme der Fraktion in der örtlichen Presse, stellte Herr **Grosch** richtig, dass seine Aussage falsch wiedergegeben worden sei. Die Position der Fraktion werde nicht durch eine historische Begründung hinterlegt. Ein Vergleich mit der Weimarer Wehr sei nicht beabsichtigt gewesen.

Herr **Bahcekapili** schloss sich den Ausführungen zum Erhalt des Kasernenstandortes an und sprach sich dafür aus, sich weiter für den Standorterhalt einzusetzen.

Herr **Klanke** wies daraufhin, dass es Sinn mache, dass das Logistikbataillon in der Glückaufkaserne und damit in der Logistikregion Deutschlands stationiert sei. Zudem sei der Standort für die Nachwuchsakquise in der Region von Bedeutung.

Herr **Kloß** zeigte Verständnis für die Situation der Soldaten sowie der übrigen Beschäftigten in der Kaserne und schloss sich den Ausführungen des Herrn Kühnapfel an. Aufgrund eigener Erfahrungen empfahl er den betroffenen Soldaten und Zivilbeschäftigten Veränderungen nicht ausschließlich negativ zu betrachten, diese könnten sich auch zum Vorteil entwickeln.

Herr **Hasler** verwies auf die Berichterstattung in der überörtlichen Presse über die Verringerung des Bundeswehrpersonals und die daraus zwangsläufig resultierende Schließung von Standorten. Er halte es für ein wichtiges Signal, dass sich die lokale Politik für die Erhaltung der Glückaufkaserne einsetze.

Herr **Kühnapfel** machte deutlich, dass eine Schließung des Standortes der Glückaufkaserne auch von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen keinesfalls gewollt sei. Jedoch werde die allgemeine Reduzierung des Bundeswehrpersonals befürwortet.

Herr **Hupe** stellte zusammenfassend fest, dass die Mehrheit des Rates sich für einen Erhalt des Standortes ausspreche und entsprechende Bemühungen unterstütze. Er sagte zu, laufend über neue Entwicklungen zu informieren.

Zu TOP 9.  
034/2011

Verzicht von Strom aus Atomkraftwerken durch die GSW  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
- Beschlussvorlage der Verwaltung

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläuterte Herr **Kühnapfel** den Antrag zum Verzicht von Strom aus Atomkraftwerken durch die GSW.

Er bezog sich auf die aktuellen Ereignisse in Japan und führte aus, dass es wichtig sei auf allen Ebenen eine Lehre aus diesem Ereignis zu ziehen und sich von der Kernenergie abzuwenden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung werde im Sinne eines Konsens begrüßt und unterstützt.

Er hob hervor, dass der Antrag nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sei. Der eigentliche Ausstiegsprozess werde noch Jahre dauern. Das Ziel müsse sein, auf eine dezentrale Versorgung mit regenerativen Energien zu setzen. Bezogen auf den Kostenfaktor sei Atomstrom nicht unbedingt preiswerter als alternative Energieformen, wenn man alle anfallenden Kosten auch die Entsorgungskosten berücksichtige, die bisher von der Allgemeinheit getragen würden.

Frau **Dyduch** zeigte auf, dass viele Stadtwerke schon seit längerem und auch weiterhin zukunftsorientiert in regenerative Energieformen investieren würden. Den Versuch die Einkaufspolitik der GSW umzugestalten, halte sie für einen guten Weg. Die wirtschaftlichen Faktoren dürften dabei aber nicht unberücksichtigt bleiben.

Sie kritisierte, dass erst eine Katastrophe nötig sei, damit Änderungen im Energiesektor auf den Weg gebracht würden.

Frau Dyduch lobte die Unterstützung auf lokaler Ebene, wandte aber ein, dass nun die Bundesregierung handeln müsse, auch mit Blick auf den Einkauf von Energie aus dem Ausland.

Frau **Schaumann** begrüßte die Beschlussvorlage und stellte die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit heraus. Sie vertrat die Auffassung, dass ein Ersatz der Kernenergie durch regenerative und nicht durch fossile Energien erfolgen sollte.

Herr **Hupe** informierte, dass der von den GSW bezogene Strom aktuell zu über 38 % aus regenerativen Energien stamme. In diesem Bereich habe die GSW bereits in entsprechende Beteiligungen investiert.

Herr **Kloß** führte aus, dass er dem Beschlussvorschlag prinzipiell zustimme, jedoch habe er Bedenken, dass die jetzige Entwicklung aus der Angst nach den Ereignissen in Japan resultiere. Bei der ganzen Diskussion dürften zudem die Kosten für die Verbraucher nicht außer Acht gelassen werden. Die Preise seien in den letzten 10 Jahren bereits um 40 % gestiegen. In diesem Zusammenhang kritisierte er die ausschließliche Gewinnausrichtung der großen Energiekonzerne.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass sich die Initiative der Vorlage ausschließlich auf die konkrete Beschaffungspraxis der GSW beziehe und nicht die allgemeine Preisentwicklung thematisiere.

Im Zusammenhang mit dieser Thematik müsse auch die Frage nach der ethischen Verantwortung gestellt werden, so Herr **Kissing**. Es bestehe das Erfordernis, dass die Politik sich zu diesem Thema neu aufstellen müsse.

Dabei müsse Berücksichtigung finden, dass jede Energieform neben den Vorteilen auch Nachteile mit sich bringe. Regenerative Energien würden u.a. Eingriffe in die Landschaft bedingen. Damit eine Nutzung anderer Energieformen durchgesetzt werden könne, bedürfe es eines Umdenkprozesses in der Bevölkerung. Insgesamt bewertete er die Beschlussvorlage als realistisch und pragmatisch. Ein solcher Konsens unter den Fraktionen spreche für die Verantwortung des Rates.

Herr **Grosch** berichtete, dass er bei einem Besuch der Tschernobyl-Ausstellung im SportCentrum Kamen-Kaiserau mit einer Schulklasse keine Antwort auf die Frage von Schülern, warum trotz der damaligen Katastrophe weiterhin Atomkraft benutzt werde, habe geben können.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister und die vom Rat der Stadt Kamen gewählten Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die GSW in Zusammenarbeit mit der ehw ein wettbewerbsorientiertes Beschaffungskonzept erarbeitet, das unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der GSW den Anteil der Kernenergie am Strommix der GSW nachhaltig reduziert und den Anteil aus regenerativen Energien erhöht. Ein endgültiger Verzicht auf Atomstrom ist in Abhängigkeit der von der Bundesregierung zu treffenden rechtlichen Rahmenbedingungen anzustreben.

Auf den Einsatz von RECS-Zertifikaten (Renewable Energy Certificate System) soll verzichtet werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

Einwohnerfragestunde

Herr Murat **Cepaye**, wohnhaft Helene-Lange-Str. 9 in Kamen, berichtete von Vorfällen im Jobcenter Kamen und bat die Politik in dieser Sache zu recherchieren und Abhilfe zu schaffen.

Herr **Hupe** wies daraufhin, dass dieser Tagesordnungspunkt dazu diene, Fragen von Einwohnern an die Verwaltung zu stellen und nicht Apelle an die Politik zu richten.

Er bot Herrn Cepaye an, sich in den nächsten Tagen für ein Gespräch in seinem Vorzimmer zu melden. Abschließend wies er auf die Problematik hin, dass die Stadtverwaltung nicht zuständig in Angelegenheiten des Jobcenters Kreis Unna sei.

Zu TOP 11.

## Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### 11.1 Mitteilungen

#### 11.11 GWA

Herr **Hupe** informierte über Gespräche des Kreises mit der GWA zur Wertstoffdeponie Herren-Werve. Es zeichne sich eine Tendenz für einen gemeinsamen Weg ab. Weitere Informationen stellte er für Juli in Aussicht.

#### 11.12 Flughafen Dortmund

Herr **Hupe** berichtete zum Verfahren zur Änderung der Betriebszeiten des Dortmunder Flughafens, dass bis zum 06.06.2011 der Antrag zur Einsicht öffentlich im Rathaus ausliege und die Stadt Kamen zur Stellungnahmen aufgefordert worden sei.

#### 11.12 Öffnung Körne Unterhaltungsweg

Herr **Liedtke** berichtete von der letzten Sitzung des Landschaftsbeirates des Kreises Unna, an der u.a. auch der zuständige Gutachter für das Gutachten zur Öffnung des Körne-Unterhaltungsweges, Dr. Loos, der Lippeverband sowie Vertreter der Stadt Kamen teilgenommen haben. Der Beirat habe sich in seinem Beschluss für die Öffnung des Weges unter den im Gutachten genannten Voraussetzungen ausgesprochen.

### 11.2 Anfragen

#### 11.21 Tetraeder für den Kreisverkehr Robert-Koch-Straße

Herr **Grosch** fragte nach, warum im Kulturausschuss zur Gestaltung des Kreisverkehrs an der Robert-Koch-Straße kein Beschluss gefasst worden sei.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass bezüglich der Gestaltung des Kreisverkehrs eine zeitnahe Entscheidung getroffen werden musste. Da dies den Eindruck fehlender öffentlicher Beteiligung erweckt habe, könne er nicht nachvollziehen. Das Tetraeder sei im Kulturausschuss vorgestellt worden und es habe in der Sitzung keine Gegenstimmen gegeben. Letztlich wies er daraufhin, dass es bei der Präsentation von Kunst im öffentlichen Raum immer kontroverse Meinungen geben werde.

## 11.22 Umbau Seseke, Tiefgarage Willy-Brandt-Platz, Sitzungssaal I

Zur Umgestaltung der Seseke erkundigte sich Herr **Kissing**, wann mit der Fertigstellung zu rechnen sei und ob anlässlich der Fertigstellung eine Veranstaltung geplant sei. Im weiteren bat er um aktuelle Informationen zur Situation der Parkplätze in der Tiefgarage am Willy-Brandt-Platz und zur Nutzung des sanierungsbedürftigen Sitzungssaals I.

Bezogen auf die Umgestaltung der Seseke teilte Herr **Liedtke** mit, dass der Verwaltung kein veränderter Zeitablauf bekannt sei und die Umgestaltung im Jahr 2012 beendet sein solle.

Herr **Mösgen** informierte über das laufende Verfahren zu den Parkplätzen in der Tiefgarage Willy-Brandt-Platz. Neben einem noch laufenden Rechtsstreit, werde versucht mit einer Partei einen Vergleich zu schließen. Er sagte nähere Informationen in Kürze zu. Bezogen auf den zur Zeit nicht genutzten Sitzungssaal I gebe es keine positiven Signale für eine Sanierung bzw. einen Umbau. Zunächst würde im Rahmen der Fensterarbeiten am Rathaus auch dieser Bereich mit einbezogen. Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt sehe er auf längere Sicht keine Realisierungsmöglichkeiten für ein Sanierungs- und Umbauplanung.

### **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer